



Nordhausen macht mobil gegen Agenda 2010

Auch 2005 bleibt es eine Wahrheit - die Bürgerinitiative macht mobil gegen Agenda 2010

Das Wetter naßkalte Wetter negierend, hatten sich rund 50 NordhäuserInnen am Platz der Gewerkschaften in Nordhausen zum „Agenturschluß“ zusammengefunden. Sie protestierten mit dieser Aktion gegen die Auswirkungen der Hartz-IV-Gesetze.

In seiner Anprache wandte sich Jürgen Nagel vom Organisationskomitee vor allem an die Mitarbeiter der Agentur für Arbeit und an die der Arbeitsgemeinschaft (ARGE). „Hinter ihnen liegen Wochen angestrenzter Arbeit. Tage und Nächte, in denen sie von Staatswegen die privaten Verhältnisse der Antragsteller auf Arbeitslosengeld II durchleuchten durften. Eine Arbeit, die nicht einmal Damen und Herren der ehemaligen Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit Nordhausen so zu tun brauchten. Gut, wir machen Ihnen daraus keinen persönlichen Vorwurf. Das war, ist und wird ihre Arbeit sein. Sie sind Vertreter einer Behörde, die in den vergangenen Jahren mehr und mehr zu einer Schnüffel- und Durchleuchtungsbehörde mutierte. Diese Tätigkeit hinderte Sie, Ihrem eigentlichen Auftrag, der Vermittlung Arbeitssuchender in den Arbeitsmarkt, nachzukommen.“.

Der Protest heute richtete sich auch gegen die Umstruktuirung des Arbeitsmarktes, gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und vor allem gegen den Zwang, jede Arbeit aufnehmen zu müssen.

Abschließend meinte Nagel in der Nähe zur Agentur in der Uferstraße: „Wir werden Front machen gegen Mitarbeiter Ihres Hauses, die Menschen nur als Kunden oder Fall und nicht als Menschen mit Sorgen und Nöten begreifen. Es gibt keinen Fall „Müller, Meier, Lehmann oder Schulze, höchstens den Kriminalfall Hartz IV, weil Hartz IV in weiten Teilen verfassungswidrig ist. Wir achten diejenigen unter Ihnen, die die neuen Gesetze nach Möglichkeiten der Unterstützung ausloten.“

Die erste Demo des neuen Jahres machte erneut den Frust der Demonstranten auf den sozialen Kahlschlag in diesem Lande deutlich, denn für die meisten der „Hartz-IV-Betroffenen“ wird es auch im Jahr 2005 keine Aussicht auf einen Job geben, mit dem sie sich und ihre Familien ernähren können